

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

82. Sitzung
11. November 2020

Beginn: 12.04 Uhr
Schluss: 18.14 Uhr
Vorsitz: Andreas Statzkowski (CDU), stellvertretender Vorsitzender;
zeitweise Daniel Wesener (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen
– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Andreas Statzkowski teilt mit, als Tischvorlage seien die Verfahrensvorschläge der Koalitionsfraktionen verteilt worden. – Er stelle fest, dass den Ergänzungen und Änderungen aus den drei Mitteilungen zur Tagesordnung zugestimmt werde.

Er weise darauf hin, dass die zweite Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020/2021 nach Absprache der Fraktionen in der Sitzung am 2. Dezember 2020 stattfinden solle. – Hierzu stelle er Einvernehmen fest.

Auf Antrag der Koalitionsfraktionen sollten die Tagesordnungspunkte 27 – Stichworte: Modellprojekt PrEP – und 28 – Stichworte: Clearingstelle – jeweils zur Sitzung am 2. Dezember vertagt werden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
- §§ 28 ff. Infektionsschutzgesetz
- § 2 Abs. 3 Zehnte Verordnung zur Änderung der
SATS-CoV2-Infektionsschutzverordnung
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

[3223](#)
Haupt

Hierzu: Anhörung

Hinweis: Der Hauptausschuss hat in seiner 81. Sitzung am 04.11.2020 einstimmig mit allen Fraktionen beschlossen, in der Sitzung am 11.11.2020 eine Anhörung durchzuführen. Die Besprechung wurde zur Sitzung am 11.11.2020 vertagt.

Protokollierung siehe gesondertes Wortprotokoll.

[Unterbrechung der Sitzung von 16.33 bis 16.57 Uhr]

Vorsitzender Andreas Statzkowski berichtet, die Sprecherinnen und Sprecher schlagen vor, die Tagesordnungspunkte 2 bis 4, 8, 13, 16 bis 18, 20 bis 24, 34, 40 und 41 sollten vertagt werden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3127
**Gesetz zur Beteiligung des Parlamentes und zum
Schutz von Grundrechten im Falle von Maßnahmen
nach §§ 28 – 31 Infektionsschutzgesetz**

[3225](#)
Haupt
Recht

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2969
**Fünfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
VO-Nr. 18/249
- [3095](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe
- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2969-1
**Fünfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
VO-Nr. 18/249
hier: Begründung
- [3095-1](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe
- c) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3074
**Sechste Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-
2-Infektionsschutzverordnung**
VO-Nr. 18/257
- [3169](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe
- d) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3075
**Siebente Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-
2-Infektionsschutzverordnung**
VO-Nr. 18/258
- [3171](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe
- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3083
**Achte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-
Infektionsschutzverordnung**
VO-Nr. 18/262
- [3195](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe

Zu d) und e) liegt eine Stellungnahme des Ausschusses GesPflGleich vom 26.10.2020 vor, in der der Ausschuss von einer Stellungnahme nach § 32 Abs. 5 S. 4 GO Abghs absieht (einstimmig mit allen Fraktionen).

- f) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3080
Verordnung zu Regelungen in zugelassenen Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie (Krankenhaus-Covid-19-Verordnung)
VO-Nr. 18/260
- [3183](#)
Haupt(f)
BildJugFam
GesPflGleich
InnSichO
Recht
Sport
WiEnBe

Es liegt eine Stellungnahme des Ausschusses GesPflGleich vom 26.10.2020 vor, in der der Ausschuss von einer Stellungnahme nach § 32 Abs. 5 S. 4 GO Abghs absieht (einstimmig mit allen Fraktionen).

- g1) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3114
Zehnte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/266
- [3209](#)
Haupt
- g2) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3114-1
Zehnte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/266
hier: Begründung
- [3209-1](#)
Haupt
- h) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/3136
Elfte Verordnung zur Änderung der SARS-CoV-2-Infektionsschutzverordnung
VO-Nr. 18/268
(vorab überwiesen auf Antrag der Fraktion der CDU gemäß § 32 Abs. 4 GO Abghs)
- [3226](#)
Haupt

- i) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin [3227](#)
Drucksache 18/3139
Haupt
**Verordnung zu Regelungen in zugelassenen
Krankenhäusern während der Covid-19-Pandemie
(Krankenhaus-Covid-19-Verordnung)
VO-Nr. 18/269**

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 4 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion der FDP [3218](#)
Drucksache 18/3128
Haupt
**Pandemie bekämpfen — Freiheitsrechte schützen –
Maß und Mitte halten**

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Finanzen – 15

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen
des Unterausschusses Vermögensverwaltung
zu Vorlagen – zur Beschlussfassung –
gemäß § 38 GO Abghs**

Es liegt keine Empfehlung vor.

- b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung
des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu
Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8
i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegt keine Empfehlung vor.

Punkt 6 der Tagesordnung

Schreiben SenFin vom 23.10.2020

[3197](#)

**Umgang mit pandemiebedingten Flächenbedarfen
der Bezirksämter**

Haupt

1. Zustimmung zur Anmietung von ca. 575 m²

Mietfläche pro Bezirksamt bis vss. Ende 2023

**2. Zustimmung zu einer zentralen Anmietung durch
die Berliner Immobilien Management GmbH (BIM)
für die Bezirke**

**3. Konkrete Mietkonditionen werden nachträglich
vorgelegt (Vorabzustimmung)**

**4. Kenntnisnahme des Rundschreibens der
Senatsverwaltung für Finanzen vom 23.10.2020 zum**

Umgang mit pandemiebedingten Flächenbedarfen

gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum

Haushalt 2020/21

Sibylle Meister (FDP) äußert, vom Prinzip her sei es sinnvoll, zusätzliche Flächen anzumieten. Sollten eine zentrale Fläche oder pro Bezirksamt je 575 Quadratmeter angemietet werden oder beides?

Christian Goiny (CDU) bekundet, die Notwendigkeit sei unbestritten. – Gleichwohl werde über die Thematik Flächenanmietungen zur Unterbringung der Verwaltung bereits seit Längerem diskutiert. Seine Fraktion bitte deshalb darum, dass eine Aufstellung darüber vorgelegt werde, welche Flächen bzw. Gebäude im konkreten Fall angemietet würden. Darüber hinaus interessiere ihn, welche Auswirkungen die Pandemie auf den Flächenbedarf der Berliner Verwaltung insgesamt habe. Es könnte sein, dass die Kontaktverfolgung über einen längeren Zeitraum betrieben werden müsste oder organisatorische Änderungen zu vermehrtem Flächenbedarf führten, weil sich künftig weniger Mitarbeiter in einem Raum aufhalten dürften. Andererseits könnte es zum gegensätzlichen Effekt kommen, weil künftig zunehmend im Homeoffice gearbeitet werde. Könne der Senat bis zum Frühjahr 2021 darüber berichten, welche Auswirkungen die Coronapandemie perspektivisch bis zum Jahr 2023 auf den Flächenbedarf der Berliner Verwaltung haben werde?

Dr. Kristin Brinker (AfD) befürchtet, der nunmehr angemeldete Flächenbedarf könnte nicht nur pandemiebedingt genutzt werden. Was geschehe, wenn der Bedarf im kommenden Sommer gar nicht mehr bestehe? Woher solle überhaupt das Personal kommen? Seien die anzumietenden Flächen bereits lokalisiert worden? Wie viele Bezirke beteiligten sich?

Steffen Zillich (LINKE) geht davon aus, dass ein Bericht über die tatsächlich angemieteten Flächen bereits in der Vorlage angekündigt sei. Seines Wissens seien nicht alle Angebote an die Bezirke sofort nutzbar, vor allem im Hinblick auf den Aspekt Anbindung an das Berliner Landesnetz.

In den Gesundheitsämtern gebe es über die in Rede stehenden 25 zusätzlichen Stellen pro Gesundheitsamt hinaus einen weiteren Stellenaufwuchs. Lügen Hinweise vor, dass manche

Bezirksämter keine Unterstützungskräfte heranzögen, weil sie Schwierigkeiten bei der räumlichen Unterbringung hätten?

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) weist darauf hin, dass seine Verwaltung ohnehin quartalsweise über den Flächenbedarf der Berliner Verwaltung berichte. Der nächste Bericht werde im Januar 2021 vorgelegt. Es sei geplant, darin auch den coronabedingten Flächenbedarf darzustellen. Hinsichtlich der Zukunft gehe er davon aus, dass lediglich erste Vermutungen dargestellt werden könnten.

Sibylle Meister (FDP) erinnert an ihre Frage, wie viel Fläche insgesamt angemietet werden solle.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) geht davon aus, dass die Bezirke in der Lage seien, den Personalaufwuchs von 180 Personen und demnach 15 pro Bezirk, unterzubringen. Es stünden folgende Möglichkeiten offen: Nutzung einer Bestandsimmobilie, kleinere Anmietungen ohne Zustimmungserfordernis des Hauptausschusses, vorausgesetzt es gehe um weniger als 1 000 Quadratmeter und die Nettokaltmiete sei nicht höher als 7 000 Euro monatlich. Bei Sichtung der Immobilienangebote im Internet habe SenFin festgestellt, dass allein ein Anbieter 290 Immobilien im Portfolio habe, die dem von ihm genannten Maßstab entsprächen. Sollten diese beiden Möglichkeiten nicht zum Erfolg führen, könnten die Bezirke in einer Immobilie, in der bereits Flächen unterhalb der Größenschwelle angemietet seien, weitere Flächen anmieten, auch wenn dadurch die Größenbeschränkung von 1 000 Quadratmetern nicht mehr eingehalten werde. Darüber hinaus könnten in einer Immobilien am Saatwinkler Damm zentral Räume zur Verfügung gestellt werden.

Aus seiner Sicht bestehe die größte Herausforderung darin, Personal zu finden und nicht darin, Räume anzumieten. – Man werde im kommenden Jahr die Entwicklung betrachten und die Personalgröße dem Bedarf anpassen. Damit gebe es keinen Freibrief, Anmietungen für nicht-coronabedingte Zwecke vorzunehmen.

Daniel Wesener (GRÜNE) befürchtet, dass die Lösung des Problems nicht so einfach sei. Mittlerweile müssten Bezirksämter Räume außerhalb ihrer Bezirksgrenzen anmieten. Er sei darauf hingewiesen worden, dass es nicht allein um Räume, sondern auch um Möbel und Ausstattung gehe. Seines Wissens seien einige Bezirke dazu übergegangen, Container zu nutzen, was die Schwierigkeit mit sich bringe, dass diese nur temporär von anderen Nutzungen abgezogen würden. Er wolle deshalb wissen, ob über die Sonderthematik Container weiter nachgedacht worden sei. Aus seiner Sicht bedürfe es schneller Lösungen, weshalb er darum bitte, bestehende Probleme möglichst schnell anzugehen.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) macht darauf aufmerksam, dass Container keine schnelle Abhilfe bedeuteten, weil es je Umsetzung einer Baugenehmigung bedürfe. Er glaube zudem, dass einige Bezirksämter auf diesen Lösungsvorschlag abweisend reagierten. – Aus seiner Sicht handele es sich bei dem unterbreiteten Vorschlag um ein All-inclusive-Angebot. Er appelliere an alle Beteiligten, sich angesichts der Herausforderungen der Pandemie lösungsorientiert auf den Weg zu machen. Die notwendige Büroausstattung sei in den Pauschalen berücksichtigt. Für die Immobilie Saatwinkler Damm müssten noch Möbel angeschafft werden.

Sollte sich herausstellen, dass es flächendeckend Probleme gebe, werde er sich öffentlich für seine Fehleinschätzung entschuldigen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3197 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I C 35 – vom
03.11.2020
**Beauftragung eines unabhängigen Sachverständigen
zur Fertigung einer Fairness Opinion**
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3224](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Andreas Statzkowski erklärt, die Diskussion könne zunächst öffentlich geführt werden. Sollten vertrauliche Inhalte des Schreibens angesprochen werden, werde er die Öffentlichkeit ausschließen.

Christian Goiny (CDU) bittet darum, dass in einem Folgebericht das Ergebnis des Verfahrens und die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung bzw. Investitionsrechnung dargestellt würden. Zu wann könne jeweils berichtet werden?

Sibylle Meister (FDP) äußert, ihre Fraktion sei strikt gegen den Rückkauf des Stromnetzes und werde deshalb dem Schreiben nicht zustimmen.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) wirbt dafür, dass der von den Koalitionsfraktionen beabsichtigte Weg mitgegangen werde. Der Hauptausschuss solle so zeitnah wie möglich über Dinge wie Wirtschaftlichkeit informiert werden. Das Angebot von Vattenfall datiere auf den 23. Oktober.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3224 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung

Bericht SenFin – II B – vom 16.10.2020
**Auflösung der Pauschalen Minderausgaben in den
Einzelplänen – Folgebericht**
(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 06.05.2020)

[2669 C](#)
Haupt

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 9 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3041 [3189](#)
Haupt
**Gesetz zur Änderung des Laufbahngesetzes sowie
des Landesbeamtengesetzes und des
Personalvertretungsgesetzes**

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3041 – möge angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen

Punkt 10 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3042 [3190](#)
Haupt
**Gesetz zur Einführung der
Verwendungsbeförderung**

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3042 – möge angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 10 A der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/1314 [1492](#)
Haupt
**Haushalts- und Vermögensrechnung von Berlin für
das Haushaltsjahr 2017**

hierzu:

Empfehlung des UA Haushaltskontrolle vom [1492 A](#)
Haupt
06.11.2020

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/1314 – möge gemäß der Empfehlung und des Berichts des Unterausschusses Haushaltskontrolle – rote Nr. 1492 A – angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Bezirke

Punkt 11 der Tagesordnung

Schreiben BA Mitte – SchuSpo 3 100 – vom 22.10.2020 [3196](#)
Carl-Kraemer- Grundschule: Gesamtanierung; Haupt
13359 Berlin, Zechliner Str. 4
1. Antrag zur Aufhebung einer Sperre
2. Änderung des Bedarfsprogramms
gemäß § 7 Haushaltsgesetz 2020/2021 in Verbindung
mit § 24 Abs. 3 LHO, § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO und
Auflage A. 8 und A. 17 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/2021

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, weshalb die Kellersanierung in der ursprünglichen Planung keine Rolle gespielt habe. Sie bitte um Erläuterung.

Dr. Kristin Brinker (AfD) weist darauf hin, dass bereits eine Schimmelbeseitigung stattgefunden habe. Sei dabei nicht nach der Ursache für die Schimmelbildung gesucht worden? – Sie frage dies vor dem Hintergrund, dass es zu einer heftigen Kostensteigerung komme. Ihre Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten. Sie sehe zwar die Notwendigkeit der Sanierung, habe aber ein grundsätzliches Problem mit den Procedere.

Sibylle Meister (FDP) wirft die Frage auf, ob die Firma in Regress genommen werden könne, die die erste Schimmelbeseitigung durchgeführt habe.

Bezirksstadtrat Carsten Spallek (Bezirksamt Mitte; Abtl. Schule, Sport und Facility-Management) erinnert daran, dass die Kostenschätzungen nicht im Gebäudescan der Berliner Schulen enthalten gewesen sei. Es sei vielmehr mit Kostenkennwerten gearbeitet worden. Eine komplette Kellersanierung sei in den Grundannahmen nicht enthalten. Beim Gebäudescan sei nicht erkennbar gewesen, dass der Keller in diesem Umfang angefasst werden müsse. Zunächst sei eine Schimmelreinigung vorgenommen worden, wobei festgestellt worden sei, dass das Problem tiefer liege. Fehlende Abdichtungen der Kellerwände bzw. das Nicht-Funktionieren von Abdichtungen hätten dazu geführt, dass die Kellerwände mittlerweile mit Feuchtigkeit gesättigt seien, weshalb eine Schimmelreinigung keinen Langzeiteffekt erzielen würde. Derzeit befinde sich der Keller im Rohbauzustand. – Kosten seien auch dadurch entstanden, dass die Schule gesperrt worden sei und ein Ersatzstandort angefahren werden müsse.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3196 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Bericht BA Pankow – BzStR – vom 26.10.2020
**Unterrichtung über die Zulassung von
überplanmäßigen Ausgaben gemäß § 37 LHO für
einen notwendigen Grundstücksankauf zum Neubau
eines Gymnasiums für den Bezirk Pankow**
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3205](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3205 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Regierender Bürgermeister – 03

Punkt 13 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzI – VII A 2 – vom 22.09.2020
**Umsetzung des „Zukunftspaktes Verwaltung“ –
Zwischenbericht mit Stichtag 30. Juni 2020**
gemäß Auflage A. 23 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[2761 A](#)
Haupt

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 14 der Tagesordnung

Bericht RBm-SKzI – I B M 1 – vom 02.11.2020
**Unterrichtung über die geplante Beauftragung eines
Gutachtens
hier: Arbeitsbedingungen von Film- und
Fernsehchaffenden im Rahmen eines Runden
Tisches Sozialstandard**
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3221](#)
Haupt

Christian Goiny (CDU) fragt, wann das Gutachten vorliegen werde. Zudem bitte er darum, das Gutachten dem Ausschuss für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS) berichtet, dass es eine beschränkte Ausschreibung für die Gutachtenvergabe geben werde. Das Gutachten solle im Lauf des ersten Halbjahres 2021 erarbeitet werden und Ende des ersten Halbjahres vorliegen.

Christian Goiny (CDU) bittet darum, dass dem Ausschuss Anfang Juni 2021 zumindest ein Zwischenbericht über den Arbeitsstand des Gutachtens über die Arbeitsbedingungen von

Film- und Fernsehschaffenden im Rahmen eines Runden Tisches Sozialstandards vorgelegt werde.

Staatssekretär Christian Gaebler (CdS) sagt dies zu.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht – rote Nr. 3221 – zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2870 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Zentrum für Informationstechnik	3060 Haupt WissForsch
--	---

Es liegt eine Beschlussempfehlung, [3060 A](#), des Ausschusses WissForsch vom 02.11.2020 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – mit Änderungen anzunehmen (einstimmig mit allen Fraktionen).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2870 – möge gemäß der Empfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Inneres und Sport – 05

Punkt 16 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS – III C 1 – vom 28.09.2020 Planung und Durchführung eines Kooperationsprojektes zur Cybersicherheit in Form einer Workshopreihe mit den Betreibern Kritischer Infrastrukturen im Land Berlin (Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 25.03.2020)	2748 B Haupt
---	---------------------------------

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 16 A der Tagesordnung

Schreiben SenInnDS – ZS C 1 – vom 05.11.2020
**Prävention im Bereich der inneren Sicherheit
hier: Abweichende Verwendung eines durch das
Abgeordnetenhaus verstärkten Ansatzes im
Einzelplan 05**
gemäß § 8 Abs. 6 Satz 2 Haushaltsgesetz 2020/2021

[3229](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben – rote Nr. 3229 – wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 17 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS – V B 3 Ko – vom 09.10.2020
E-Government-Gesetz Berlin (EGovG Bln)
**hier: Benchmarking-Ergebnisse und Anreizmodell
für Kostensenkungen**

[1134 D](#)
Haupt

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 18 der Tagesordnung

Bericht SenInnDS – IV A 3 – vom 05.09.2020
Berliner Bäder-Betriebe (BBB)
Sachstandsbericht Schwimmhalle Holzmarktstraße
(Berichtsauftrag aus der 62. Sitzung vom 08.11.2019)

[3131](#)
Haupt

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 19 der Tagesordnung

Schreiben SenInnDS – IV D 27 – vom 19.10.2020
**Rechtliche Beratung und Begleitung der Planung
und Durchführung der UEFA Fußball-
Europameisterschaft 2024**
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3199](#)
Haupt

Philipp Bertram (LINKE) erbittet einen Folgebericht zum 31. März 2021, in dem dargestellt werden sollte, wie der Beratervertrag ausgestaltet sei, welche Risiken erwartet würden, auf welcher Grundlage das Land Berlin das Rechtsschutzprogramm für die UEFA umsetze und welche Herausforderungen damit verbunden seien.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, welche rechtlichen und finanziellen Risiken überhaupt gesehen würden.

Staatssekretär Aleksander Dzembitzki (SenInnDS) erwidert, der Vertrag, der mit der UEFA eingegangen werden solle, sei so umfangreich, dass seine Verwaltung diese Aufgabe nicht allein stemmen könne, weshalb ein Berater herangezogen werden solle. Derzeit könne er noch keine Risiken benennen. – Den erbetenen Bericht sage er zu.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3199 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – 07

Punkt 20 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – III C 113 – vom 18.09.2020 [2696 C](#)
Folgebericht zur Entwicklung des Spreeparks sowie Haupt
zum Stand des Betreiberkonzeptes
(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 06.05.2020)

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 21 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV B 4 – vom 02.10.2020 [2564 U](#)
Gestaltung von Begegnungszonen Haupt
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 11.03.2020)

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 22 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 3 – vom 06.10.2020 [1582 F](#)
BVG Projekt GmbH Haupt
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 26.08.2020)

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 23 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 51 – vom 29.09.2020
Vergabe der Verkehrsleistungen
hier: S-Bahn-Ausschreibung Teilnetze Stadtbahn
und Nord-Süd
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 26.08.2020)

[2958 A](#)
Haupt

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 24 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – IV C 56 – vom 24.09.2020
BerlKönig
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 26.08.2020)

[2564 R](#)
Haupt

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Kultur und Europa – 08

Punkt 25 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/2786
Clubkultur als Teil von Berlin anerkennen und
stärken

[3063](#)
Haupt
Kult(f)
Recht*
StadtWohn*

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses Kult vom 26.10.2020 vor, den Antrag anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE und GRÜNE gegen AfD und FDP).

Christian Goiny (CDU) erklärt, seine Fraktion erbitte einen Folgebericht, wozu er darum bitte, bis zum 13. November 2020 Fragen beim Ausschussbüro einreichen zu dürfen.

Vorsitzender Andreas Statzkowski hält diese Ankündigung fest.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, der Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 18/2786 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 26 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenStadtWohn/SenKultEuropa
– V A 4 / III BKRW Kr – vom 30.09.2020 und
03.10.2020
**Zuschuss an jüdische Einrichtungen für investive
Zwecke
Änderungen des Bedarfsprogramms**
gemäß § 24 Abs. 5 Satz 2 LHO

[3173](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3173 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – 09

Punkt 27 der Tagesordnung

Bericht SenGPG – I E 1.10 / I E 1.11 – vom 16.10.2020
**Modellprojekt PrEP und Errichtung des Checkpoint
BLN – Folgebericht**
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)

[2766 B](#)
Haupt

Vertagt zur Sitzung am 2. Dezember 2020 – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Punkt 28 der Tagesordnung

Bericht SenGPG – I F 11 – vom 14.10.2020
Clearingstelle
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 09.09.2020)

[1230 G](#)
Haupt

Vertagt zur Sitzung am 2. Dezember 2020 – siehe „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 29 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU	2842
Drucksache 18/2539	Haupt
Mehr Schulplätze in Zusammenarbeit mit freien Trägern schaffen	BildJugFam

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses BildJugFam vom 29.10.2020 vor, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „15. Januar 2021“ abzulehnen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/2539 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Familie abgelehnt werden.

Punkt 30 der Tagesordnung

- | | |
|---|-----------------------------------|
| a) Bericht SenBildJugFam – StS B SG Ltg – vom 16.07.2020
Sachstandsbericht zum Maßnahmen- und Finanzcontrolling am französischen Gymnasium
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 12.02.2020) | 2632 A
Haupt |
| b) Nachfragen der Fraktion der SPD
zur roten Nummer 2632 A | 2632 A-1
Haupt |
| c) Bericht SenBildJugFam – IV A S 1 – vom 19.10.2020
Maßnahmen- und Finanzcontrolling am Französischen Gymnasium
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der SPD
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 12.08.2020) | 2632 B
Haupt |

Vorsitzender Andreas Statzkowski teilt mit, dass die SPD-Fraktion weitere Fragen eingereicht habe. Er rege an, dass diese schriftlich in einem Folgebericht beantwortet würden.

Torsten Hofer (SPD) schlägt vor, es möge zur Sitzung am 17. März 2021 berichtet werden.

Vorsitzender Andreas Statzkowski hält fest, dass der erbetene Bericht zum 17. März 2021 zugesagt und die Berichte rote Nrn. 2632 A und 2632 B sowie die Nachfragen rote Nr. 2632 A-1 zur Kenntnis genommen seien.

Punkt 31 der Tagesordnung

Bericht SenBildJugFam – II A 1 – vom 19.10.2020
Schulmittagessen
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 26.08.2020)

[2969 A](#)
Haupt

Stefanie Remlinger (GRÜNE) regt an, dass der Bericht rote Nr. 2969 A dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie mit der Bitte um Stellungnahme zur Verfügung gestellt werde.

Vorsitzender Andreas Statzkowski teilt mit, die Fraktion der CDU habe angekündigt, beim Ausschussbüro bis Freitag Fragen einreichen zu wollen, die SenBildJugFam mittels eines Folgeberichts beantworten solle. – Darüber hinaus werde der Bericht rote Nr. 2969 A dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie mit der Bitte um Stellungnahme zur Verfügung gestellt und die weitere Beratung vertagt.

Punkt 32 der Tagesordnung

Bericht SenBildJugFam – VC / VA / VD – vom
16.10.2020
Kindertagesstättenentwicklungsplan
gemäß Auflage B. 66 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

[3096 A](#)
Haupt

Roman Simon (CDU) merkt an, der Kindertagesstättenentwicklungsplan sehe einen weiteren Platzausbau vor. Der Paritätische Wohlfahrtsverband habe im August die Einschätzung abgegeben, dass derzeit rund 10 000 Plätze fehlten. Darauf werde in dem Bericht nicht eingegangen. Weshalb werde in Tabelle 20 „Prognostizierter Zielplatzbedarf zum Ende Kitajahr 2019/20 bis 2025/26“ davon ausgegangen, dass Platzzahlen deutlich stiegen, wenn gar nicht vorgesehen sei, weitere Mittel für den Kitaplatzausbau zur Verfügung zu stellen?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) führt aus, mit dem Kindertagesstättenentwicklungsplan werde das Planwerk für den Ausbau der Kitaplätze bis zum Kitajahr 2025/2026 vorgelegt. Dem Plan liege die im März erarbeitete Bevölkerungsprognose zugrunde, die weiterhin einen Aufwuchs der 0- bis unter 7-Jährigen prognostiziere. Bis zum Jahr 2025/2026 würden 200 000 Plätze benötigt. Diese Zahl sei noch nicht komplett mit Maßnahmen unterlegt. Derzeit liefen eine Fülle unterschiedlicher Ausbaumaßnahmen. Den Übersichten sei zu entnehmen, dass in der laufenden Legislaturperiode mit den veranschlagten Mitteln 15 000 zusätzliche Plätze geschaffen werden könnten. Bis zum Jahr 2026 würden weitere 8 000 Plätze benötigt. Zudem müssten die Bestandsplätze besser ausgeschöpft werden. Sie rechne damit, dass sich bei den Fachkräften ab dem Jahr 2022 rechnerisch ein positiver Saldo ergebe. Dadurch könnten dann auch die Bestandsplätze besser genutzt werden. – Die Antragslage sei gut. In Summe überstiegen die beantragten Plätze die jetzigen Finanzierungsmöglichkeiten.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass die in dieser Legislaturperiode etatisierten Mittel für den Kitaplatzausbau auskömmlich seien, um den benötigten Platzaufwuchs zu finanzieren.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) wirft die Frage auf, welche Veränderungen es zwischen der Senatsbefassung im Mai und dem jetzt vorgelegten Plan gegeben habe und worauf diese zurückgingen.

Roman Simon (CDU) entnimmt der Tabelle zur Platzausbauplanung 2020 bis 2026 auf Seite 29 der Vorlage, dass es bis zum 31. Dezember 2022 189 000 Plätze geben solle. In der Tabelle 20 „Prognostizierter Zielplatzbedarf zum Ende Kitajahr 2019/20 bis 2025/26“ hingegen sei ausgewiesen, dass zum Ende des Kitajahres 2021/2022 194 000 Plätze benötigt würden. Es sei zwar darauf hingewiesen worden, dass bereits vorhandene Plätze im Bestand aktiviert werden sollten. Dafür werde aber eine Größenordnung von 3 000 Plätzen bis zum Ende des Kitajahres 2025/2026 genannt, was die Lücke nicht schließe. Weshalb komme der Senat zum Schluss, dass die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel auskömmlich seien? Weshalb würden keine internen Umschichtungen vorgenommen?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erläutert, in dem Bericht sei dargestellt, wie viele Plätze – inklusive einer gewissen Reserve – jeweils zum Ende eines Kitajahres benötigt würden. Es sei allerdings richtig, dass es jeweils einen Planungsvorlauf gebe, was sich auch auf die Schnelligkeit bei der Umsetzung von Maßnahmen auswirken könne. In den laufenden Haushalten seien Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt, wodurch für die Zukunft Planungssicherheit geschaffen werden könne. Dieses Instrument schaffe Möglichkeiten oder Begrenzungen. Die erwähnten 15 000 Plätze würden mit den veranschlagten Mitteln ausgebaut. Die Träger hätten darauf hingewiesen, je eher sie weitere Planungssicherheit erhielten, um so früher würden sie die Planungskalkulationen vorantreiben.

Es müsse beachtet werden, dass in den Berichten auf unterschiedliche Zeiträume Bezug genommen werde. Die vorherige Vorlage nehme Bezug auf Ende 2019; aktuell befinde man sich bereits im Jahr 2020 und in die Vorlage sei das neue Bundesprogramm bereits eingepreist. Daraus ergäben sich unterschiedliche Planungsdaten.

Christian Goiny (CDU) geht davon aus, dass niemand diese Antwort verstanden habe. Keinesfalls handele es sich dabei um eine Antwort auf die Fragen des Abgeordneten Simon. Er bitte darum, dass die Frage in vier Wochen mittels eines Folgeberichts beantwortet würden.

Steffen Zillich (LINKE) wirft die Frage auf, bis wann die veranschlagten Investitionsmittel platzwirksam geworden sein müssten.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) trägt vor, die jetzt im Haushalt veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen seien bereits mit Anträgen unterlegt. Für das Jahr 2022 werde dies im Jahr 2021 erfolgen. Die Plätze müssten bis Ende 2022 realisiert sein.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass die bereits veranschlagten Mittel bis Ende 2022 platzwirksam werden müssten und dies im Umkehrschluss bedeute, dass darüber hinaus keine Investitionsmittel bis Ende 2025 benötigt würden.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) möchte wissen, ob gewährleistet sei, dass durchgängig gebaut werden könne. Wie groß sei die Platzlücke für das kommende Kitajahr? Wann werde es keine Platzlücke mehr geben?

Holger Schulze (SenBildJugFam) führt aus, aktuell stünden Mittel aus dem Landesprogramm für die Jahre 2020 und 2021 zur Verfügung. Die Mittel des Jahres 2020 seien gebunden, die Projekte befänden sich in der Bearbeitung und würden in den Jahren 2020 bis 2022 fertiggestellt. Die Landesprogrammmittel für das Jahr 2021 könnten aufgrund der Verpflichtungsermächtigung bereits in diesem Jahr beantragt werden. Alle über das Landesprogramm geförderten Maßnahmen seien bis Ende 2022 angelegt.

Darüber hinaus stünden in diesem Jahr Bundesmittel zur Verfügung, die bis zum Ende des Jahres 2022 umgesetzt werden müssten. Deshalb habe man sich bei der Auswahl von Maßnahmen auf solche fokussiert, die innerhalb dieses Zeitraums fertiggestellt werden könnten. Somit stünden Finanzierungsmittel bis zum Jahr 2022 zur Verfügung. Im Haushalt 2021 sei eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2022 in Höhe von 10 Mio. Euro ausgewiesen; diese sei derzeit noch nicht in Anspruch genommen.

Die etatisierten Mittel seien nicht auskömmlich, um die vorgelegte Planung realisieren zu können. Um die Platzkapazitäten bis zum Ende des Kitajahres 2025/2026 realisieren zu können, würden weitere Mittel benötigt. Es müssten weitere 8 000 Plätze durch Ausbau geschaffen werden, 3 000 Plätze sollten durch bessere Ausschöpfung der Bestandsplätze realisiert werden. In Summe müssten also 11 000 weitere Plätze bis zum Ende des Kitajahrs 2025/2026 geschaffen werden. – Um dies sicherstellen zu können, würden im Jahr 2022 mehr als 10 Mio. Euro benötigt.

Es treffe zu, dass es keine deckungsgleiche Linie zwischen Angebotsaufwuchs und ermitteltem Bedarf in den Jahren 2020 bis 2026 gebe. Bei der Bedarfsermittlung müsse berücksichtigt werden, dass eine Spitzenlastermittlung vorgenommen worden sei. Die Erfahrungen zeigten, dass die Platzkapazitäten zum Ende eines Kitajahres temporär stiegen. Deshalb gehe SenBildJugFam davon aus, dass mit der dargestellten Ausbaulinie der erforderliche Platzbedarf geschaffen werden könne.

Christian Goiny (CDU) bittet darum, dass trotz dieser Antwort ein Folgebericht vorgelegt werde, in dem die gestellten Fragen beantwortet werden sollten.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und nimmt den Bericht rote Nr. 3096 A zur Kenntnis.

Integration, Arbeit und Soziales – 11

Punkt 33 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/2882

[3058](#)

Haupt

IntArbSoz

**Dumping-Preise verhindern – Arbeitsbedingungen
verbessern: Flugabfertigung am BER zurück in die
Hand der Flughafengesellschaft (FBB)**

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses IntArbSoz vom 29.10.2020 vor,
den Antrag anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU
und FDP bei Enthaltung AfD).

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus ohne Aussprache, der Antrag der Fraktion
der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache
18/2882 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und
Soziales angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 34 der Tagesordnung

Bericht SenIAS – ZS A 5 RR – vom 15.09.2020
**Tarifentwicklung bei freien Trägern und
Tarifangleichung bei Zuwendungsempfängern und
Leistungserbringern**
gemäß Auflage A. 7 – Drucksache 18/0700 zum
Haushalt 2018/2019
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

[3132](#)

Haupt

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 35 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II St 2 / II St 22
– vom 29.10.2020

[3213](#)

Haupt

**Weitere Anmietung von durch die kommunalen
Wohnungsbaugesellschaften errichteten modularen
Unterkünften für Flüchtlinge (MUF)**

Vertrauliche
Beratung

**Zustimmung zur Wahrnehmung des Optionsrechts
auf Verlängerung des bestehenden Mietvertrags**
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Christian Goiny (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion bis Freitag, dem 13. November
2020, Fragen beim Ausschussbüro einreichen werde, die er bitte, dass sie von der Senatsver-

waltung für Integration, Arbeit und Soziales beantwortet würden. – Gleiches gelte für die Tagesordnungspunkte 36 und 37.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 3213 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 36 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II St 2 / II St 22
– vom 29.10.2020
**Anmietung der durch die Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung und Wohnen errichteten
modularen Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF)
Zustimmung zur Wahrnehmung des Optionsrechtes
auf Verlängerung des bestehenden Mietvertrages**
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3214](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3214 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 37 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenIAS/LAF – II C 2 – vom
02.11.2020
**Verlängerung des Mietvertrages für ein Objekt zur
Unterbringung von Geflüchteten
Zustimmung zur Verlängerung des Mietvertrages
(Optionsziehung)**
gemäß Auflage A. 2 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3222](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 3222 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Stadtentwicklung und Wohnen – 12

Punkt 38 der Tagesordnung

Schreiben SenStadtWohn – WBL Jur – vom 30.10.2020 [3216](#)
Vergabe einer Studie zu baulichen Haupt
Kombinationsmöglichkeiten von Wohngebäuden
und Schulen
hier: Zustimmung
gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Christian Goiny (CDU) erklärt, seine Fraktion erbitte einen Folgebericht, in dem dargestellt werden solle, ob die Kombinationsmöglichkeiten von Wohngebäuden und Schulen zu mehr Nachbarschaftskonflikten führten bzw. wie man solche vermeiden wolle und wie vermieden werden solle, dass derartige Kombinationen zu höheren Baukosten führten als bei anderen Maßnahmen der Schulbauoffensive. Wann könne ein solcher Bericht vorgelegt werden?

Vorsitzender Andreas Statzkowski weist darauf hin, wenn kein konkreter Berichtstermin festgelegt werde, heiße dies, dass der Bericht drei Monate später vorgelegt werde.

Staatssekretärin Wenke Christoph (SenStadtWohn) berichtet, die Studie selbst solle die Fragen beantworten, die vom Abgeordneten Goiny aufgeworfen worden seien. Die Erstellung der Studie werde rund ein halbes Jahr in Anspruch nehmen. Sie schlage vor, die Ergebnisse der Studie dem Ausschuss zuzuleiten.

Vorsitzender Andreas Statzkowski hält fest, die Studie werde dem Ausschuss zugeleitet und dem Schreiben rote Nr. 3216 wie beantragt zugestimmt und der Bericht zur Kenntnis genommen.

Punkt 39 der Tagesordnung

Bericht SenStadtWohn – IV C 10 – vom 26.10.2020 [3208](#)
Beteiligung Berlins am Bundesprogramm Nationale Haupt
Projekte des Städtebaus 2020
1. Kenntnisnahme des Berichts zur Beteiligung
Berlins am Bundesprogramm Nationale Projekte des
Städtebaus
2. Kenntnisnahme der Absicht der Senatsverwaltung
für Finanzen bei Kapitel 1240 überplanmäßige
Verpflichtungsermächtigungen für 2020 zuzulassen
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 3208 zur Kenntnis.

Punkt 40 der Tagesordnung

Bericht SenStadtWohn – IV A 24 – vom 29.09.2020
**Verwendung der Mittel zur Förderung von
Genossenschaften in Berlin – Bericht 2020**
gemäß Auflage B. 90 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3113 A](#)
Haupt

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 41 der Tagesordnung

Bericht SenStadtWohn – IV C – vom 25.09.2020
**Kosten- und Finanzierungsübersichten für die
städtischen Sanierungsgebiete**
gemäß Auflage B. 82 – Drucksache 18/2400 zum
Haushalt 2020/21

[3159](#)
Haupt

Einvernehmlich vertagt auf Vorschlag aller Fraktionen.

Punkt 42 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache 18/2948

[3106](#)
Haupt

**Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten
Rechtsverordnungen**

hier:

**Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung
über die Abweichung von den Einkommensgrenzen
des § 9 Absatz 2 des Wohnraumförderungsgesetzes
VO-Nr. 18/248**
(überwiesen auf Antrag der Fraktion der SPD)

Vorsitzender Andreas Statzkowski stellt fest, dass die Besprechung der Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 18/2948 – ohne Aussprache abgeschlossen sei.

Wirtschaft, Energie und Betriebe – 13

Punkt 43 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/2985

Gesetz zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Erhebung von Gebühren und Beiträgen durch die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) und die Berliner Wasserbetriebe (BWB)

[3152](#)

Haupt

UmVerk*

WiEnBe(f)

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses WiEnBe vom 02.11.2020 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und AfD gegen FDP bei Enthaltung CDU).

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet darum, dass eine Übersicht darüber vorgelegt werde, in welchen Bereichen aus welchen Gründen eine Anpassung an § 2b Umsatzsteuergesetz zu erwarten sei und wie das abgewickelt werden solle.

Staatssekretär Frédéric Verrycken (SenFin) sagt zu, dass ein solcher Bericht bis Ende Januar 2021 vorgelegt werde.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2985 – möge gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Betriebe angenommen werden. Dringlichkeit werde empfohlen.

Punkt 44 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldung.